## Ergebnisse des Workshops vom 05.12.2023

# Wie sollte die EU-Strukturpolitik nach 2027 aus der Sicht kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure aussehen?

**TAURUS ECO Consulting GmbH**

Im Alten Garten 26
D-54296 Trier

http://www.taurus-eco.de

**Ansprechpartner:** Dr. Klaus Sauerborn

**Autoren:**
Dr. Klaus Sauerborn, Valentin Heimes, Katrin Böhme

# INHALTSVERZEICHNIS

1 PROGRAMM ..... 1

2 INHALTE UND ERGEBNISSE ..... 1

2.1 Einführung ..... 1

2.2 Die kommunale Nachhaltigkeitsförderung in der aktuellen EU-Förderperiode 2021-2027 ..... 3

2.3 Wie könnte die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 aussehen? Eine EU-Perspektive und eine nationale Perspektive ..... 3

2.4 Geht da noch mehr Transformation? Eine provokant-konstruktive Perspektive von außen / aus der Forschung ..... 5

2.5 Ergebnisse der Arbeitsgruppen ..... 5

2.5.1 Thematische Ausrichtung ..... 5

2.5.2 Vereinfachung ..... 8

2.5.3 Beteiligung ..... 11

3 AUSBLICK ..... 14

4 FEEDBACK TEILNEHMENDE ..... 14

# 1 PROGRAMM

**Begrüßung und Einführung ins Thema**

Gespräch mit Martina Eick, Umweltbundesamt, und Dr. Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting

**Die kommunale Nachhaltigkeitsförderung in der aktuellen EU-Förderperiode 2021-2027**

Impuls durch TAURUS ECO Consulting

**Wie könnte die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 aussehen? Eine EU-Perspektive und eine nationale Perspektive**

Beiträge von Anna-Lena Zademach-Schwierz, GD Regio und von Dr. Meike Weltin, BWMK

**Geht da noch mehr Transformation? Eine provokant-konstruktive Perspektive von außen / aus der Forschung**

Impuls durch TAURUS ECO Consulting

**Arbeitsgruppen zu den Themen:**

Thematische Ausrichtung und Offenheit der Nachhaltigkeits- / Green Deal Förderung für kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure

Vereinfachung der Strukturfondsförderung

Stärkung der Beteiligung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Policy Cycle der Strukturfondsförderung

**Diskussion und Ausblick**

# 2 INHALTE UND ERGEBNISSE

## 2.1 Einführung

Das Umweltbundesamt fördert den EU-Kommunalkompass und ein begleitendes Forschungsprojekt, um

- die für kommunale Akteure nachhaltigkeitsbezogenen Fördermöglichkeiten zielgruppengerecht auf einer Internetplattform darzustellen (Licht in den Förderdschungel der EU-Strukturförderung bringen)
- im Forschungsprojekt unter Beteiligung der für die Förderung relevanten Akteure die bisherigen Erfahrungen, Herausforderungen und Schwierigkeiten der Förderung zu untersuchen und zu diskutieren. Dies mit dem Ziel, die Fördermöglichkeiten und -bedingungen für kommunale Akteure zu verbessern

Im Kern ging es im Workshop darum, mit allen Teilnehmenden zu überlegen und zu diskutieren, wie die EU-Strukturpolitik nach 2027 aus der Sicht kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure aussehen sollte und wie sich diese Akteure stärker an der Programmierung und Umsetzung der zukünftigen Förderprogramme beteiligen können. Schlüsselbegriffe der Veranstaltung waren „ökologische Transformation“ bzw. „transformative Strukturpolitik“. Darunter verstehen wir die Ausrichtung von Wirtschafts und Gesellschaft bzw. der Förderpolitik an den ökologischen und klimapolitischen Herausforderungen: Dekarbonisierung von Wirtschaft und Energiesystem, Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität, Klimaanpassung. Zentrale Ziele sind die Transformation vom linearen zum zirkulären Wirtschaften und zur Klimaneutralität. Transformative Strukturpolitik muss fair und sozial ausgestaltet werden und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Außerdem muss sie antizipativ und vorausschauend sein, um zu verhindern, dass Regionen in sogenannte Entwicklungsfallen geraten und dass frühzeitige Handlungen zukünftige hohe Kosten des Nicht-Handelns verhindern.

Nach Erfahrung des UBAs und von Taurus Eco Consulting bestehen für kleinere, ressourcenschwache Kommunen und für zivilgesellschaftliche Akteure noch immer Barrieren für die genannte Beteiligung, die in Teilen auf die geringen Personalressourcen, fehlendes Wissen bzw. Expertise und auch auf die Freiwilligkeit des Engagements zurückzuführen sind. Im Vergleich zu Verbandsvertretern und Sozialpartnern ist die Ressourcenausstattung der kommunalen Akteure oftmals recht bescheiden.

Grundlagen für die Diskussion waren die Präsentationen aus dem Forschungsprojekt zu aktuellen Fördermöglichkeiten im Nachhaltigkeitsbereich sowie Möglichkeiten der Beteiligung kommunaler Akteure am Governance-Prozess der Strukturfondsförderung. Darüber hinaus gab es Beiträge zur Ausrichtung der Förderung post 2027 von Mitarbeiterinnen des BMWK und der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission.

Die Veranstaltung begann mit der Begrüßung der Teilnehmenden durch den Projektleiter Herr Klaus Sauerborn, Taurus Eco Consulting und die Projektbetreuerin vom Umweltbundesamt, Frau Martina Eick. Die zentralen Themen des Workshops wurden vorgestellt: die Stärkung der Beteiligung von kommunalen Akteuren im Bereich der Nachhaltigkeitsförderung sowie die Diskussion um die Zukunft der Strukturfondsförderung (insbesondere EFRE). Die Notwendigkeit, bereits Ende 2023 über die EU-Förderperiode 2028-2034 zu sprechen ergibt sich daraus, dass auf der europäischen und der deutschen Ebene bereits darüber diskutiert wird und eine Beteiligung an dieser Diskussion möglichst frühzeitig erfolgen sollte, denn sobald der Verordnungsrahmen für die neue Förderperiode einmal steht, wird eine Beteiligung deutlich schwieriger werden.

Die Teilnehmenden wurden zunächst in einer Aufstellungsrunde gebeten zu äußern, in welcher Höhe (0-10) sie Anpassungsbedarf der Strukturfondsförderung sehen. Die Spannweite reichte von leichtem Anpassungsbedarf hinsichtlich Vereinfachungen bei der Antragstellung und der

stärkeren Förderung der Beteiligung von Kommunen bis zu hohem Anpassungsbedarf, wonach die Förderung deutlich stärker an den Bedarfen der Kommunen ausgerichtet werden sollte oder grundlegend vereinfacht werden sollte, da bei Kommunen vielfach Belastungsgrenzen hinsichtlich Kapazitäten, Personal und Expertise erreicht werden, sodass die Umsetzung komplexer Förderprogramme sehr problematisch sei. Auch wurde gefordert, die Förderung für kirchliche Träger besser zugänglich zu machen.

## 2.2 Die kommunale Nachhaltigkeitsförderung in der aktuellen EU-Förderperiode 2021-2027

**Impuls durch TAURUS ECO Consulting, Katrin Böhme**

Siehe: Die kommunale Nachhaltigkeitsförderung in der aktuellen EU-Förderperiode 2021-2027

In diesem Impuls wurden hauptsächlich die Zuweisung der EFRE-Fördermittel zu den spezifischen Zielen der Kohäsionspolitik sowie zu den Green Deal Themen in der aktuellen Förderperiode vorgestellt. Im Anschluss an die Präsentation wurde von einem Mitarbeiter einer Programmbehörde angemerkt, dass zwar nach der Zuordnung der Fördermaßnahmen im SZ 1.1 (Forschung & Innovation, finanzstärkstes SZ) zu den Interventionsbereichen nur ein sehr geringer Anteil der Mittel auf die Klima- und Umweltquoten einzahle, es jedoch gute Möglichkeiten gäbe Projekte im Bereich Forschung & Entwicklung zu fördern, welche dennoch Themen der ökologischen Transformation zugeordnet werden könnten. Bezugnehmend auf die geringen Klima- und Umweltquoten in der JTF-Förderung (Just Transition Fund) wurde von einem Fördergeber entgegnet, dass die JTF-Förderung pauschal zu 100% der Klimaquote zugerechnet wird. Dies kann jedoch kritisch gesehen werden, da im JTF zu großen Teilen Maßnahmen der baulichen Infrastruktur gefördert werden.

## 2.3 Wie könnte die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 aussehen? Eine EU-Perspektive und eine nationale Perspektive

**Beiträge von Anna-Lena Zademach-Schwierz, GD Regio und von Dr. Meike Weltin, BWMK**

Siehe: Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 - Eine EU-Perspektive. Bisherige Ideen der GD Regio und aktuelle europaweite Entwicklungen

Wie könnte die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 aussehen? Eine nationale Perspektive

Der Beitrag von Frau Zademach-Schwierz bot eine Rückschau auf die gesamteuropäische Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2014-2020 und stellte Herausforderungen und Ideen für die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 vor. Frau Weltin präsentierte konkrete Positionen des

BMWK zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 und erläuterte bestehende Spannungsverhältnisse wie mehr z. B. mehr Bürgerbeteiligung / Bottom-up Prozesse vs. schlanke und schnelle Verfahren. Frau Zademach-Schwierz hob hervor, dass Erkenntnisse aus Veranstaltungen wie diesem Workshop als wichtiger Input für die Planung der neuen Förderperiode gefragt sind. Auch Frau Weltin betonte, dass es die Aufgabe ihres Referats sei, übergeordnet Fragen und Themen der Kohäsionspolitik aus Deutschland zu bündeln und deutsche Positionen auf europäischer Ebene zu vertreten, wofür Input aus der Förderpraxis z. B. zu Vorschlägen für Vereinfachungen für ihr Referat sehr wertvoll sei.

In der anschließenden Diskussion wurde die Idee eingebracht, Projekte, die mit Mitteln der EU-Strukturfonds gefördert werden, grundsätzlich als beihilfekonform zu deklarieren, um Förderverfahren zu vereinfachen. Frau Zademach-Schwierz bewertete diese Idee als grundsätzlich nicht machbar, da die Strukturfondsförderung in geteilter Mittelverwaltung stattfindet und somit die jeweils nationalen Beihilferegeln erfüllt werden müssten. Ein Teilnehmender ergänzte ein weiteres Spannungsfeld, nämlich die Erreichung der Transformationsziele vs. starre Ergebnisorientierung der Strukturfondsförderung. Es wurde argumentiert, dass Projekte im Bereich der ökologischen Transformation oftmals keinen linearen Verlauf aufwiesen und ergebnisoffen seien, wodurch sie die vorgegebene Indikatorik nicht erfüllen könnten. Es müsse aber gerade in diesem Bereich Raum für Experimente geben. Frau Weltin stimmte dem zu, da Klima- und Umweltschutzprojekte ihre Wirkung oftmals erst mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung erzielen würden, entgegnete aber auch, dass es durch Pilot- und Modellvorhaben bereits Möglichkeiten für „ergebnisoffenere“ Projekte gäbe. Frau Zademach-Schwierz plädierte in diesem Kontext für die stärkere Verwendung von Finanzinstrumenten für risikoreiche Projekte, die Nutzung dieser Instrumente sei aber in der aktuellen im Vergleich zur vorherigen Förderperiode zurückgegangen. Ein Workshopteilnehmer ergänzte zum Thema Bewertung / Ergebnisoffenheit der Förderung, dass man über andere Indikatoren zur Belegung der Wirksamkeit nachdenken solle wie Möglichkeiten aus der qualitativen Forschung oder Narrative, welche die Förderung legitimieren könnten.

Der Vertreter eines Wohlfahrtsverbandes forderte stärkere Mechanismen für Bürgerbeteiligungen an der Strukturfondsförderung (insbesondere EFRE gemeint, im ESF+ seien Beteiligungsverfahren deutlich besser) und betonte, dass die aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten (Partnerschaftsprinzip, Artikel 8 AVO) eher passiv als aktiv seien. Zum Thema Vereinfachung der Förderung bemängelte er, dass in Deutschland viel „Gold-Plating“ betrieben würde, was bedeutet, dass jedes Bundesland zusätzlich zu den Vorgaben der EU KOM die Einhaltung weiterer Regeln / Nebenziele / Formulare verlangen würde, wodurch Antragstellende durch die enorme Bürokratie dermaßen unter Druck gerieten, dass Projekte zum Teil aufgegeben werden müssten. Anknüpfend formulierte ein Teilnehmer die Frage in Richtung der GD Regio, warum die KOM zusätzliche Regeln in den Mitgliedsstaaten nicht verbieten könne? Frau Zademach-Schwierz verwies darauf, dass es aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in den 27 Mitgliedsstaaten

kein derartiges Verbot geben könne, da diese strukturellen Unterschiede keine einheitliche Umsetzung der Strukturfondsförderung in der gesamten EU zuließen. Frau Weltin merkte hinsichtlich der Stärkung der Beteiligung bzw. des Partnerschaftsprinzips an, dass es dazu Anpassungen in den Verordnungen der Strukturfonds benötige, die Beteiligung aber auch durch eine prominentere Gestaltung in den einzelnen Programmen der Länder gestärkt werden könnte. Ein weiteres Diskussionsthema waren die Ausgabenquoten zur Sicherstellung der Umsetzung von Klima- und Biodiversitätsmaßnahmen im EFRE, die im Plenum grundlegend begrüßt wurden. Der Vertreter eines Landesumweltministeriums bezeichnete die Quoten als unverzichtbar, denn ohne die Quoten hätten diese Maßnahmen im Vergleich zu anderen Förderbereichen deutlich weniger finanzielle Mittel zugewiesen bekommen. Auch seitens des BMUV und BMWK wurde dem zugestimmt und ergänzt, dass trotzdem über andere Steuerungsmöglichkeiten für transformationsbezogene Investitionen nachgedacht werden könnte. Beispielsweise könnten im PZ 1 stärkere Anreize dafür gesetzt werden, transformationsbezogene Projekte durchzuführen. Frau Willenbrock vom BMUV formulierte in Richtung der KOM die Bitte, klima- und umweltbezogene Prüfverfahren (SUP, DNSH, Klimaverträglichkeit für Infrastrukturprojekte) in Zukunft überlappungsfrei, effektiv und effizient zu gestalten. Frau Zademach-Schwierz sagte zu, diese Bitte in ihrem Haus weiterzugeben.

## 2.4 Geht da noch mehr Transformation? Eine provokant-konstruktive Perspektive von außen / aus der Forschung

**Impuls durch TAURUS ECO Consulting, Klaus Sauerborn**

Mangels Zeit konnten die Ideen nicht in einem eigenen Vortrag vorgestellt werden, wurden aber in Teilen in die Diskussion eingebracht.

## 2.5 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

### 2.5.1 Thematische Ausrichtung

**Passung der bisherigen thematischen und strategischen Ausrichtung der Förderung zu den aktuellen und zukünftigen Bedarfen**

Grundsätzlich bietet die EU eine breite Palette an politischen Zielen und Fördermöglichkeiten. Allerdings empfänden viele die Förderung als zu starr aufgrund vieler Einschränkungen und Anforderungen. Zusätzliche Aspekte wie Klima- und Umweltquoten, Klimaverträglichkeitsprüfung (KVP) und Vereinfachte Kostenoptionen (VKO) würden zu dieser Starrheit beitragen, wodurch

die Ansprüche an Ergebnisorientierung und Flexibilität miteinander kollidierten. Durch Kompromisse bezüglich der Gestaltung der Förderprogramme, die daraus entstünden, würde oft nicht der tatsächliche Bedarf gedeckt.

Im Bereich **Mobilität** bestehe vor allem in ländlichen Regionen eine hohe Nachfrage. Diese seien stark vom demografischen Wandel und der landwirtschaftlichen Nutzung geprägt. Auch bei **erneuerbaren Energien** und **Wassermanagement** (z.B. Hochwasser, Starkregen, Niedrigwasser, Wasserversorgung) gäbe es große kommunale Bedarfe, die von der EU für Deutschland nicht ausreichend berücksichtigt würden. Auch **unsichtbare Themen**, also vermutete Bedarfe, sollten mitgedacht werden. Eine vorausschauende Strukturpolitik sei erforderlich, nicht nur die momentan vorherrschende reaktive Förderung. Es fehlt auch an **Grundlagenförderung** in Bereichen wie Strategieerstellung, Bestandsaufnahme und Personalressourcen. Dazu gehörten auch strategische Grundlagen für Investitionen im Umwelt- und Klimaschutz, kommunale Biodiversitätsstrategien sowie das Management von Umsetzungen. Für die **Sozialwirtschaft** sollten mehr Klimaschutzprogramme geschaffen werden, oder bestehende Programme sollten auch für soziale gemeinnützige Verbände zugänglich sein. Wenn der Sanierungsstau bei der energetischen Sanierung von Gebäuden der Sozialwirtschaft fortbestünde, könnten wichtige Einrichtungen für Kinderbetreuung und Pflege wegfallen. Kommunen stünden bei der **Anpassung an den Klimawandel** vor großen Herausforderungen. Sie seien damit jedoch oft überfordert, besonders durch finanzielle Engpässe, Mangel an Personal und fehlendem Know-How. Ein vor-Ort-Coaching zur Analyse der Ausgangslage, Identifikation geeigneter Maßnahmen und Fördermittelberatung, oder ein unabhängiger Trainer, zum Beispiel von einer Förderbank, könnten hier hilfreich sein.

**Verbesserungsbedarfe**

Im Abschnitt zu Verbesserungsbedarfen wurde darauf hingewiesen, dass die **Investitionsleitlinien** nicht für alle Bundesländer und Regionen bedarfsdeckend seien, da sich die Ausgangslagen und Bedarfe stark unterscheiden können. Es wurde betont, dass **Klima- und Umweltthemen nicht nur in bestimmten Bereichen** (PZ 2), sondern in sämtlichen Politikfeldern verankert sein sollten. Die Anpassung an den Klimawandel sollte dabei über alle politischen und spezifischen Ziele hinweg erfolgen. Es wurde außerdem gefordert, **Raum für experimentelle Projekte**, sogenannte „Reallabore“, zu schaffen, sowie die **Überarbeitung der Interventionscodes**, die als zu künstlich, kompliziert und hinderlich wahrgenommen würden.

Ein Lösungsvorschlag für die Finanzierung von Themen wie Hochwasser bestehe darin, dass die Europäischen Kommission eine **höhere Ko-Finanzierung für den Klimaschutz und die Klimaanpassung** einführen würde. Des Weiteren wurde bemängelt, dass in der Förderpolitik sich zu stark auf einzelne Fachbereiche fokussiert werde – **Spartendenken**. Als Gegenmaßnahme wurde vorgeschlagen, einen stärker vernetzten und integrierten Förderansatz zu verfolgen, beispielsweise durch die verstärkte Nutzung von Förderinstrumenten wie LEADER oder Multifonds.

Die **Vernetzung von Regionen** erachteten die Teilnehmenden als besonders wichtig. Dabei sollte die Zusammenarbeit nicht an politische Grenzen gebunden sein, da viele Probleme nicht an administrativen Grenzen enden würden. Auch eine verbesserte Vernetzung und Kommunikation zwischen verschiedenen Fördermaßnahmen und Zuständigkeitsebenen (Ressorts, Länder, Bund) würde dies unterstützen. Es wurden Ideen wie ein gemeinsamer Koordinierungsmechanismus oder die Anpassung bestehender Förderrichtlinien auf Länderebene an die Bedarfe der Bundesebene diskutiert.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es zwingend erforderlich sei, dass alle Projekte stets innovativ sein müssen. Es wurde betont, dass **Transformation auch ohne Innovation** möglich sei und Fortschritt auch durch die Umsetzung bewährter Ansätze möglich sei. Es sei eher von Bedeutung, dass objektive Ziele verfolgt werden, wie beispielsweise die verstärkte Förderung von naturbasierten Lösungen oder die Integration der **Kreislaufwirtschaft als übergreifendes Ziel** (Querschnittziel) für sämtliche politische Ziele.

**Beteiligung bei der Ermittlung der Förderbedarfe**

Die Beteiligung bei der Identifikation von Förderbedarfen sei laut den Teilnehmenden entscheidend. Um eine breite Beteiligung zu erreichen, sollten Fördermittelempfänger **niedrigschwellig angesprochen** und verstärkt in regionale Strategieprozesse einbezogen werden. Eine mögliche Lösung bestehe darin, aktiv auf die Beteiligten zuzugehen (**aufsuchende Beteiligung**), insbesondere seitens der Fördermittelgeber. Es wurde als notwendig erachtet, die **Technische Hilfe zu stärken** und eine **angemessene Vergütung für Beteiligung**, auch im ehrenamtlichen Engagement, zu gewährleisten. Die Beteiligung sollte dabei auf der Ebene der grundlegenden Bedarfe erfolgen und auf Augenhöhe mit übergeordneten Fördermittelgebern (Bezirksregierung / Land / Bund) stattfinden. Die Empfehlung laute, sich auf zentrale Ziele in der Region zu verständigen und regionale Konferenzen zur Festlegung dieser Ziele zu organisieren. Wichtige Elemente für eine erfolgreiche Beteiligung seien eine **frühzeitige Diskussion** in der Programmierung sowie Beratung, insbesondere für Bürgermeister. Die Beteiligung sollte nicht nur bei der Programmierung erfolgen, sondern auch im Rahmen regionaler und lokaler Strategieprozesse, bei der Ressourcenanalyse, der Anpassung von Strategien, der Auswahl von Projekten und in Gremien.

**Ausgabenquoten zur Steuerung der Ausrichtung der Programme**

Zum Abschluss wurde über Ausgabenquoten zur Steuerung der Programmrichtung gesprochen. **Quoten zur thematischen Konzentration wurden als angemessen** betrachtet und siewürden die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Klima und Umwelt unterstützen. In einigen Bundesländern wurde jedoch kritisiert, dass alle Maßnahmen des PZ 2 zur Klimaquote beitragen müssten, was als unrealistisch betrachtet wurde. Dies Vorgabe würde zu einer zu starren Umsetzung führen und die beabsichtigte Flexibilität durch die zusätzliche Steuerung beeinträchtigen. Es sei

wichtig zu betonen, dass die Klimaquote nicht die Umweltmaßnahmen überlagern sollte. Als Lösung wurden weitere **verpflichtende Quoten** vorgeschlagen, um eine ausgewogenere Berücksichtigung verschiedener Umweltaspekte sicherzustellen.

### 2.5.2 Vereinfachung

In der zweiten Arbeitsgruppe wurde in zwei Runden mit unterschiedlichen Teilnehmenden darüber diskutiert, welche Bedarfe zur Vereinfachung der Strukturfondsförderung hinsichtlich Programmierung, Durchführung und Monitoring & Evaluation bestehen und wie sich bereits in der Diskussion befindende Vorschläge für Vereinfachungen bewertet werden. Zu Beginn wurden Vereinfachungen, die für die aktuelle Förderperiode eingeführt wurden (z. B. vereinfachte Kostenoptionen), mit einem kurzen Impuls vorgestellt.

Die folgenden Hauptdiskussionspunkte kristallisierten sich heraus:

- Mangelende Kompetenzen / Expertise für verschiedenen Aspekte (Fördermöglichkeiten, Antragsverfahren, Beihilferecht etc.) der Strukturfondsförderung auf allen Ebenen (Antragsteller, Verwaltungsbehörden, zwischengeschaltete Stellen). Kompetenzen sollten gestärkt werden.
- Das Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Neuausrichtung der Strukturfondsförderung. Wird einer kompletter „Neustart aller Systeme“ für jeden Förderperiode benötigt?
- Voneinander lernen / Harmonisierung: Müssen alle 16 Bundesländer Förderverfahren anders gestalten (Antragssysteme / Software, Projektauswahl etc.) oder könnte es zu bundesweiten Harmonisierungen kommen?
- Könnte die Förderung stärker flexibilisiert werden durch „offenere“ Förderrichtlinien, weniger, breiter gefasste Interventionsbereiche und mehr Möglichkeiten für ergebnisoffene Förderung?
- Die Unattraktivität der Strukturfondsförderung im Vergleich zu anderen Förderprogrammen aufgrund ihrer Komplexität.

**Programmierung**

Bezüglich des Programmierungsprozesses wurde von einer Programmbehörde gefordert, dass dieser zukünftig zügiger ablaufen müsse, damit die Förderprogramme nicht wie in der aktuellen Förderperiode (FP) mit einer beträchtlichen Verzögerung anlaufen. Als Grund für die Verzögerung wurden langwierige Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten, dem europäischen Rat und der Kommission genannt. Die Programmaufstellung der Bundesländer sei eigentlich zügig vorangekommen, die Umsetzung spät im Programmierungsprozess eingebrachter Vorgaben der KOM sorgte jedoch für Verzögerungen. Es wurde entgegnet, dass dem **langwierigen Programmierungsprozess** ein infrastrukturelles Problem zugrunde liege, nämlich der „Neustart aller Systeme“ für jede FP. Damit gemeint war die Neuaufstellung des Rechtsrahmens (AVO, VOs für

einzelne Fonds) und das Durchlaufen von verschiedenen Programmierungsverfahren für die verschiedenen Fonds. **Mehr Gleichförmigkeit** würde dabei eine Vereinfachung darstellen. Daraufhin wurde leicht provokant gefragt, ob eine komplett neue Programmierung für jede FP überhaupt notwendig sei? Der Verwaltungsaufwand für die Aufstellung eines neuen Programms sei fragwürdig, und man sollte die Programme eher weiterführen und ggf. Anpassungen vornehmen und auch bewährte Antragsverfahren beibehalten und bundesweit harmonisieren. Darauf wurde von einer Programmbehörde geantwortet, dass oftmals laufende Programme bzw. darin enthaltene erfolgreiche Fördermaßnahmen fortgeführt würden bzw. fortgeführt werden wollen, dass jedoch die Übertragung der Inhalte in das neue Template des Programms sowie die Erfüllung der damit einhergehenden zusätzlichen Anforderungen enormen Aufwand bedeutet hätten. Außerdem frage man sich bei den neuen Verordnungen der KOM an viele Stellen, was neu sei bzw. was dadurch anders gemacht werden müsse. Es wurde dahingehend mehr Kontinuität gefordert, Verordnungen sollten nur gezielt angepasst werden und die Änderungen sollten bekanntgegeben und erklärt werden. Dahinter müsse die folgende Frage stehen: Wo ist Kontinuität sinnvoll ist und wo muss das Fördersystem neu ausgerichtet werden?

Es wurde geäußert, dass für Verzögerungen der Programmierung der langwierige Inter-Service Prozess der beteiligten Generaldirektionen der KOM verantwortlich war. Dieser Prozess sollte verschlankt werden, um Zeit zu sparen. Für die Inter-Service Verhandlungen wurde mehr Transparenz gefordert, und gleiche Sachverhalte sollten überall (in allen Ländern) gleich bewertet werden. Kommunale Akteure sollten stärker in die Programmierung einbezogen werden, um die Inhalte der Förderung und auch die Förderverfahren besser an deren Bedarfen auszurichten, dazu sollte die technische Hilfe der Programme mehr genutzt werden. Kleine und mittelgroße Kommunen seien nicht mehr wettbewerbsfähig, da größere ressourcenstarke Kommunen die interessanten Fördermittel in Anspruch nähmen.

Eine Mitarbeiterin einer Programmbehörde bemängelte die **Vielzahl von Nebenzielen in der EFRE-Förderung** (Altersdiskriminierung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umweltaspekte etc.), die als grundlegende Voraussetzungen von Projekten erfüllt werden müssten. Dies mache die EFRE-Förderung im Vergleich zu anderen Förderprogrammen unattraktiver, da sowohl der Aufwand für Fördernehmende als auch für die Prüfbehörden hoch sei. Oftmals seien diese Nebenziele für das eigentliche Förderziel nicht relevant bzw. die Art des Projekts sei nicht zur Erfüllung der Nebenziele geeignet. Es wurde gefordert, die Anzahl dieser Nebenziele zu reduzieren, das Läge jedoch bei der KOM und die Programmbehörden hätten darauf kaum Einfluss, da die Nebenziele meist aus den Verordnungstexten stammten.

Die Ermöglichung der Förderung „ganzheitlicher Projekte“ mit einer Vielzahl von Fördergegenständen war ein weiterer Vorschlag zur Vereinfachung und kam von einer Programmbehörde. Dazu müsste es eine **Flexibilisierung** der Einzahlung von Projekten auf die in der AVO festgelegten thematischen Interventionscodes (IC) geben oder die Interventionscodes an sich müssten

weniger kleinteilig und offener gestaltet werden. Die Zuordnung von Projekten zu einzelnen ICs erschwere die Förderung, da aus größeren Projekten zum Teil Einzelvorhaben mit mehreren Teilförderanträgen gemacht werden müssten, um eine Passung der Förderinhalte zu den ICs herzustellen.

**Durchführung**

Es wurde geäußert, dass vor allem ZGO und kleine Kommunen aufgrund von geringen Ressourcen und geringer Expertise **Probleme hätten, an der komplexen Strukturfondsförderung teilzuhaben**. Es fehle sowohl Wissen darüber, welche Fördermöglichkeiten für diese Akteure und ihre oftmals kleineren Projekte bestehen als auch Expertise, wenn es um die Beantragung und Betreuung eines Förderprojekts geht. Um eine Vereinfachung in diesem Sinne zu erreichen, benötige man eine Plattform, die enge und umfassende Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten bietet. Es wurde angemerkt, dass die Fördermittel der Strukturfondsförderung im Vergleich zu anderen Fördermitteln u.a. wegen der Komplexität der Förderverfahren unattraktiv seien und es daher Abflussprobleme gäbe. Es wurde gefordert, dass Fördermittel sich besser ergänzen können müssten und kumulierbar sein müssten.

Die **fehlende Expertise** sowohl von Fördernehmenden als auch von Bewilligungsstellen im Bereich der Strukturfondsförderung wurde von mehreren Teilnehmenden (Fördernehmende, Fördergebende und Intermediäre) als zentrales Hemmnis der besseren Umsetzung der Förderung genannt. Diese Expertise müsse aufgebaut werden, über Landesförderung, die Möglichkeiten der technischen Hilfe und die Reduzierung der Fluktuation des Personals und die Etablierung unbefristeter Stellen, da der Aufbau der Expertise viel Zeit in Anspruch nähme und einmal geschaffene Expertise auch in den Organisationen gehalten werden müsse. Außerdem müsse das Thema Zuwendungsrecht Bestandteil der Ausbildung an Beamtenhochschulen sein, was aktuell nicht der Fall sei. Beispielsweise gibt es im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf eine Stelle, die sich speziell um EFRE-Förderung kümmert, was zur Folge hat, dass in diesen Bezirk deutlich mehr EFRE-Mittel fließen als in andere Bezirke.

Die **Harmonisierung der Förderung** (Antragstellung, Prüfung, Software) spielte eine zentrale Rolle in dieser Arbeitsgruppe. Es wurde von Fördergebenden angemerkt, dass zwischen den Bundesländern mehr voneinander gelernt und vereinheitlich werden sollte. Dies bezog sich vor allem auf Antrags- und Prüfsysteme (digitale Plattformen etc., z.B. Easy-Online), die vereinheitlich werden sollten. So könnten Synergien genutzt werden und auch Kosten für die Entwicklung unterschiedlicher Systeme gespart werden. Außerdem ermöglichen standardisierte Systeme einen besser koordinierbaren flächendeckenden Aufbau der entsprechenden Expertise. Seitens des BMWK wurde dem hinzugefügt, dass die digitalen Schnittstellen zu Kommissionssystem gestärkt werden sollten für eine effizientere Datenübermittlung. Aktuell würde zu viele Daten

von Antragstellenden gesammelt (Liste mit 142 Feldern), die Zwecke dieser Daten sollten überprüft und die Liste dann gekürzt werden.

Wie im ersten Workshop vom Februar 2024 wurde eine zentrale, umfassende **Online-Datenbank** mit Informationen zu Fördermöglichkeiten, Förderkonditionen etc. gefordert. Dabei sollten die Informationen in einfacher Sprache aufbereitet sein, damit auch Personen ohne größere Expertise Informationen gut verwerten könnten. Auch mehr Good-Practice-Beispiele mit entsprechenden Ansprechpartnern von erfolgreichen Förderprojekten oder Anträgen sind gewünscht. Auch **KI-gestützte Unterstützung** (z. B. Chatbots) wurden diskutiert. Diese könnten potentiellen Antragstellenden einen Informationseinstieg bieten und Programmbehörden und zwischengeschaltete Stellen entlasten.

**Monitoring & Evaluation**

Von Teilnehmenden aus unterschiedlichen Akteursgruppen wurde eine grundsätzliche Verschlankung der Indikatorik (weniger, aussagekräftigere Indikatoren) gefordert. Seitens der kommunalen Akteure sei ein Set an Indikatoren für Klimadaten gewünscht, dass einfach und schnell abrufbar ist (z.B. über Eurostat). Von einem Fördergebenden kam der Vorschlag, weniger Wirkungsevaluation und mehr **Verfahrens- und Prozessevaluation** zu betreiben. Dadurch erhalte man Erkenntnisse, wie Verfahren verbessert werden können und somit würde man Monitoring & Evaluation dazu nutzen, um Förderverfahren zu verbessern. Dem wurde entgegnet, dass es auch eine Aufgabe der Innovationsförderung sein könnte, das Fördersystem zu betrachten und zu verbessern bzw. neu zu erfinden.

### 2.5.3 Beteiligung

Die Teilnehmenden an der AG äußerten überwiegend ein grundlegendes **Interesse an der Stärkung und Verbesserung der Beteiligung** im Prozess der Programmierung sowie an Monitoring und Evaluation. Die kommunalen und zivilgesellschaftlichen wie auch die intermediären Akteure Akteure sprachen sich unisono dafür aus. Sie wollen die Programme und Förderrichtlinien mitgestalten und auch in den Begleitausschüssen mitwirken. Als Kritikpunkt wurde die fehlende Mitwirkungsmöglichkeit und Antragsberechtigung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure in vielen Programmen und Förderrichtlinien angeführt. Aus dem Kreis der Programmbehörden (Ministerien, Verwaltungsbehörde, Förderreferate, zwischengeschaltete Stellen) gab es aber vereinzelt auch skeptische bis ablehnende Meinungen, die allgemein mit Ressourcenengpässen und in einem Fall mit einem schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Bürgerbeteiligung bei einem Programm begründet wurden. Als Argumente für eine verbesserte Beteiligung wurde angeführt, dass so die Probleme, Handlungsbedarfe und Interessenlagen der kommunalen und regionalen Ebene besser wahrgenommen und als eine Grundlage der Programmierung

berücksichtigt werden können. Als gutes Beispiel wurden die Beteiligungsmöglichkeiten im Partnerschaftsprogramm/ ESF Bundesprogramm beschrieben.

Als **Engpässe** einer wirksamen Beteiligung wurden benannt:

- Fehlende zeitliche und personelle Ressourcen sowohl auf Seite der kommunalen Akteure wie auch der Programmbehörden
- Fehlende Transparenz und Informationen über Möglichkeiten der Beteiligung sowie fehlende Kompetenzen und Know-How zum Einfordern und Nutzen der Möglichkeiten auf Seite der kommunalen Akteure
- Zu komplizierte Verfahren (z.B. CLLD)

Als **Lösungsansätze** wurden Ideen eingebracht, mit denen zunächst einmal die **Voraussetzungen für eine kompetente und wirksame Beteiligung** der tendenziell eher ressourcenschwachen (kleineren, finanzschwächeren) Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure verbessert werden sollen. Unter dem Stichwort „den Partnern Hilfestellung geben“ wurden die folgenden Vorschläge wie auch eine bereits praktizierte Maßnahme beschrieben:

- Finanzielle Unterstützung einzelner Partner wie auch eines Netzwerks von Partnern aus Mitteln der technischen Hilfe, um Kapazitäten für den Erwerb von Kenntnissen und Kompetenzen aufzubauen und eine darauf gründende verbesserte Mitwirkung an Prozessen zu ermöglichen.
- Angemessene Ressourcen für die Durchführung der Beteiligungsprozesse seien auch für die Verwaltungsbehörden bereitzustellen, da diese derzeit kaum über freie Kapazitäten verfügten.
- Die Kontakt- und Beratungsstelle zur Begleitung der EU-Fonds in Brandenburg https://berlin-brandenburg.dgb.de/beratung/kbs-plus ist ein Beispiel für ein bereits etabliertes Netzwerk.

Als **Erfolgsvoraussetzung** für eine gelingende Beteiligung galt den Teilnehmenden ein **Design von Beteiligungsformaten, dass sich primär an den Bedarfen und der Praxis der Zielgruppen orientiert** und diese in den Zusammenhang mit den Fördermöglichkeiten der Strukturfonds stellt. Dabei solle so weit wie möglich auf den Fachjargon der Strukturfondsförderung verzichtet werden und so weit wie möglich eine allgemeinverständliche, einfache Sprache verwendet werden. Auf diese Weise könne eine niedrigschwellige Einbindung der lokalen Ebene erreicht werden. Aus Thüringen wurde berichtet, dass die mit einem solchen Ansatz sehr gute Erfahrungen gemacht wurden.

Als wichtig für eine wirksame Beteiligung wurden auch Klarheit in Bezug auf das **Beteiligungsverständnis** sowie die Ziele und Aufgaben der Beteiligung benannt. Beteiligung im Strukturfondskontext solle sich stärker auf die Partner (wie regionale, lokale, städtische und andere Behörden; Wirtschafts- und Sozialpartner; Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten, wie Partner des Umweltbereichs und NROs) als auf die Bürgerinnen und Bürger beziehen. Ansonsten bestehe die Gefahr, das Partnerschaftsprinzip zu überladen. Auch müsse nach Wegen gesucht

werden diejenigen einzubinden, die bisher nicht erreicht werden. Es seien immer die gleichen Kommunen und Akteure, die sich bisher beteiligten.

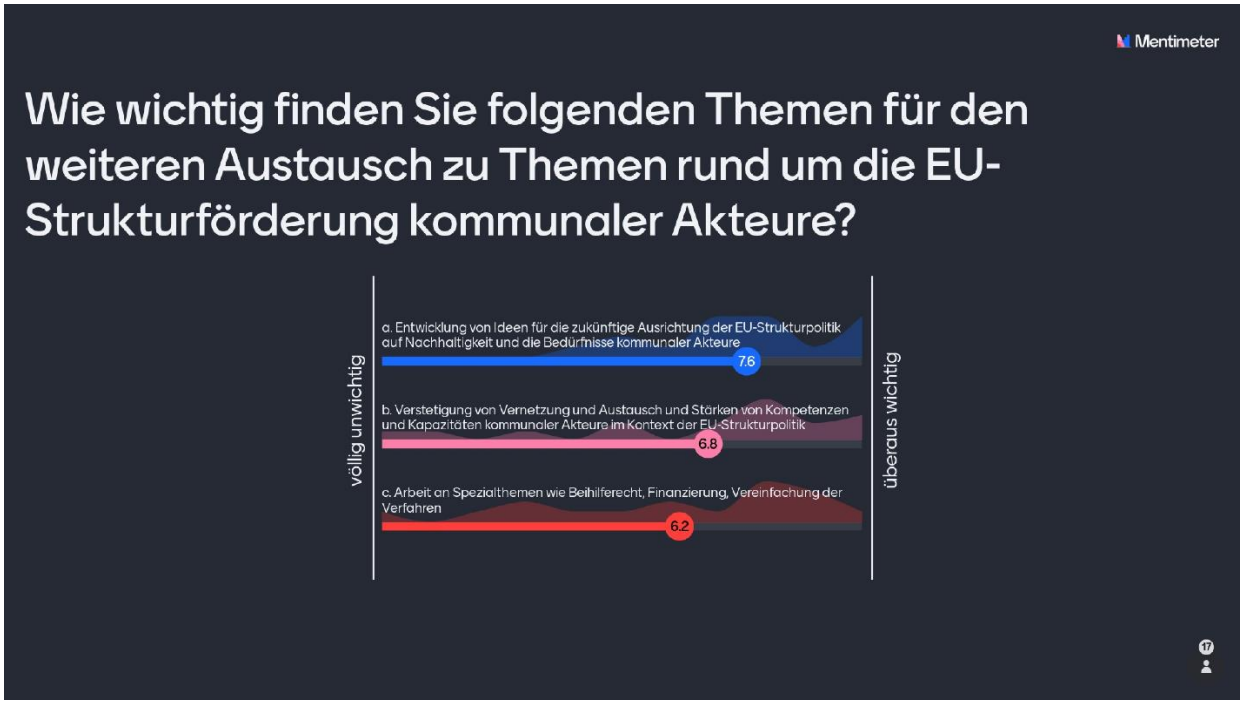
Von den Teilnehmenden wurden die folgenden **weiteren Lösungsideen** unter der Fragestellung: „Was würde aus Ihrer Sicht helfen, die Beteiligung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure zu stärken?“, entwickelt:

- Nutzen der Finanzmittel aus der Technischen Hilfe für die Stärkung der Kapazitäten der kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure wie auch der Programmbehörden zur Verbesserung der Beteiligung; dabei besonders die „ressourcenarmen“ Akteure berücksichtigen.
    - Dabei Stärkung der institutionellen Kapazität der „ressourcenarmen“ Akteure wie Zivilgesellschaft und kleine und finanzschwache Kommunen durch die Unterstützung ihres Engagements, z.B.
        - für Workshops, Schulungen, Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen oder Beiträgen zu den Kosten für die Teilnahme an Sitzungen.
        - für Personalstellen von zivilgesellschaftlichen Akteuren je Programm wie z.B. für Umweltverbände im EFRE Programm in MV
    - Finanzierung programmübergreifender Vernetzungs- und Austauschformate und einer entsprechenden Infrastruktur (Vorbild LEADER Vernetzungsstelle)
    - Stärkung des Kapazitätsaufbaus insbesondere zur Unterstützung kleinerer Kommunen, z. B. über die Einrichtung von Kompetenzzentren und Stellen für Fördermittelmanager
- Politische Lobbyarbeit wird von Teilnehmenden als wichtig angesehen. Als Beispiele wurden die Arbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) angeführt, der Positionen und Forderungen in entsprechenden Papieren formuliert und diese in Diskurse einbringt wie auch das Eurotowns Netzwerk mittelgroßer europäischer Städte (mit einer Bevölkerung zwischen 50.000 und 250.000 Einwohnern) zur Stärkung von Austausch und Interessenvertretung.
- Aufsuchende Beteiligung
- Selbstlernkurse, wie sie die Diakonie Deutschland derzeit bereits für den ESF anbietet
- Gebietsbezogene Ansätze (CLLD/LEADER, ITI etc.) für alle Strukturfonds vermehrt einsetzen.

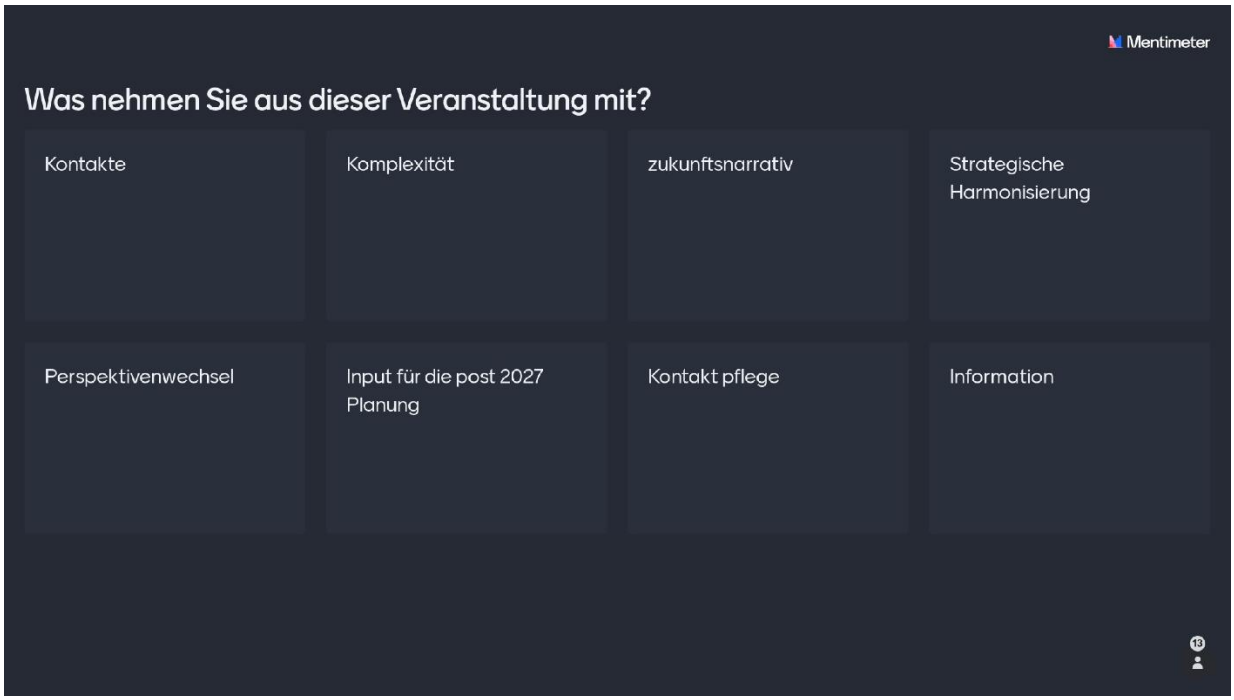
# 3 AUSBLICK

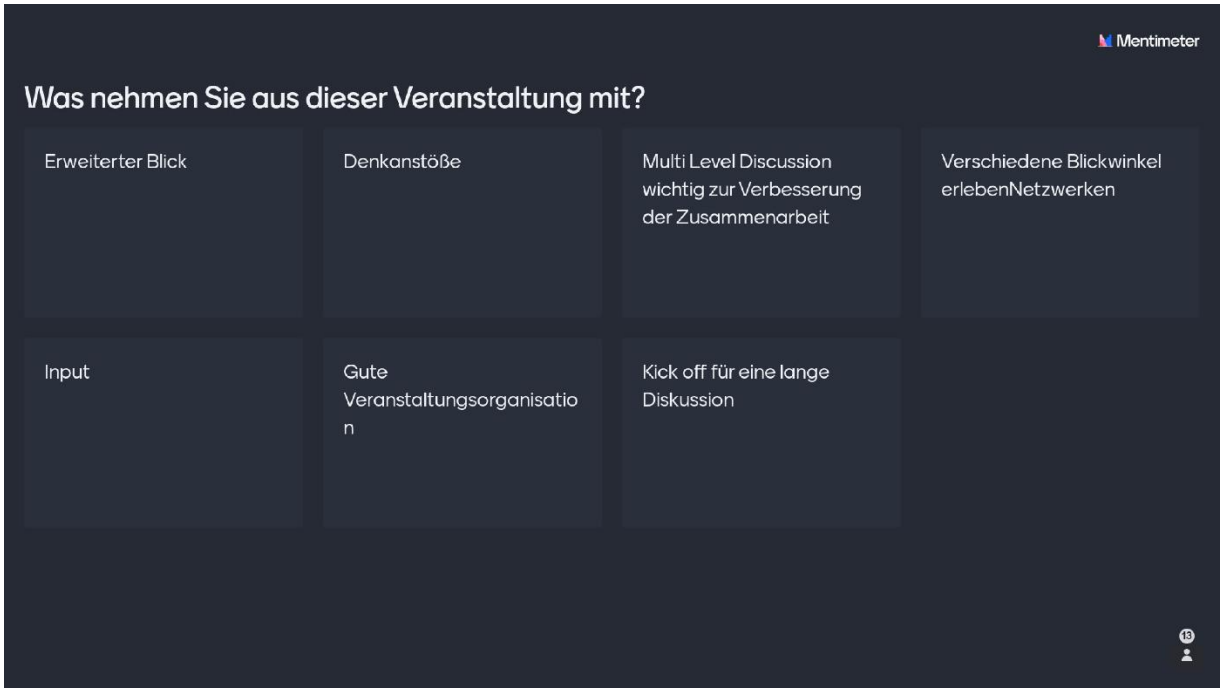
Der Austausch zum Thema nachhaltige Strukturfondsförderung für kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure wird 2024 aufrechterhalten und fortgeführt, auch aufgrund der sehr positiven Resonanz der Teilnehmenden zu den zwei bisher durchgeführten Workshops. Derzeit ist geplant, im Sommer 2024 eine weitere Veranstaltung anzubieten. Über die Thematik werden wir rechtzeitig informieren.

# 4 FEEDBACK TEILNEHMENDE



Mentimeter
Welche Themen würden Sie uns noch empfehlen?
22 responses
klimafolgenanpassung
vereinheitlichung
soziale nachhaltigkeit
territoriale instrumente
niedersachsens ansatz
zusamenwirkn d instituton
dauerhaftigkeit
kooperationen
kvp
kreislaufwirtschaft
beihilferecht
transformative förderung
verstetigung
kommunikation
beschleunigung
grüne innovationen
umweltquoten
sozial-ökologisch
multifondsansatz
überlappung mit bundesför
ks daseinsvorsorge bverfg
best practices lösungen
14


Mentimeter
Was nehmen Sie aus dieser Veranstaltung mit?
Kontakte
Komplexität
zukunftsnarrativ
Strategische Harmonisierung
Perspektivenwechsel
Input für die post 2027 Planung
Kontakt pflege
Information
13


Mentimeter
Was nehmen Sie aus dieser Veranstaltung mit?
Erweiterter Blick
Denkanstöße
Multi Level Discussion wichtig zur Verbesserung der Zusammenarbeit
Verschiedene Blickwinkel erlebenNetzwerken
Input
Gute Veranstaltungsorganisation
Kick off für eine lange Diskussion
13

Mentimeter
Wie zufrieden sind Sie mit der Veranstaltung?
gar nicht zufrieden
überaus zufrieden
Inhalte und Ergebnisse
8.6
Organisation und Moderation
8.8
Räumlichkeiten und Catering
8.5
1
13